

LCH und LVB: Kraft unter dem gemeinsamen Dach

Von Beat W. Zemp, Zentralpräsident LCH



Der Zusammenschluss der Lehrerorganisationen auf kantonaler, sprachregionaler und nationaler Ebene ist sichtbarer Ausdruck einer Professionalisierung der beruflichen Interessenvertretung der Lehrerschaft vor dem Hintergrund einer deutlich dynamischer gewordenen Schulentwicklung seit den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts. LCH und LVB verstehen sich dabei als legitimierte Partner aus der Bildungspraxis, die mit der Bildungspolitik zum Wohl der öffentlichen Schule und der Gesellschaft zusammenarbeiten. In diesem Artikel blickt LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp zurück auf 30 Jahre Schul- und Bildungspolitik und zeigt auf, warum es sowohl einen nationalen als auch einen kantonalen Dachverband der Lehrpersonen braucht.

Als ich als junger Gymnasiallehrer und Vizepräsident des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland (LVB) 1987 in den Vorstand des damaligen Schweizerischen Lehrervereins SLV gewählt wurde, ahnte ich noch nicht, dass mich die Lehrerorganisationen ein Berufsleben lang in Beschlag nehmen würden. Heute, 30 Jahre später, lassen sich im Rückblick sieben zentrale Themenbereiche ausmachen, die mich in dieser langen Zeit begleitet und immer wieder gefordert haben. Indem ich die Entwicklung dieser sieben Leitthemen nachzeichne, wird gleichzeitig auch klar, warum es einen nationalen und einen kantonalen Dachverband der Lehrerschaft braucht.

1 Zusammenschluss der Lehrerorganisationen auf allen Ebenen

Der LCH wurde 1989 als Zusammenschluss von rund 22'000 Mitgliedern der Kantonalsektionen des SLV mit der Konferenz Schweizerischer Lehrerorganisationen gegründet, in der 20 sprachregionale und schweizerische Stufen- und Fachverbände zusammenarbeiteten. Heute umfasst der LCH 55'000 Mitglieder und fast alle Stufen- und Fachverbände vom Kindergarten bis zu den Hochschulen und ist damit der grösste Verband von Lehrpersonen in der Schweiz. Diese Erfolgsgeschichte verdanken wir der Einsicht, dass auf überregionaler und nationaler Ebene ein deutlich hörbares Sprachrohr für die Lehrerschaft notwendig ist, um die Stimme der Bildungspraxis zu stärken.

Mit der Gründung der Ebenrainkonferenz, in der 13 grosse Dachverbände und Gewerkschaften mit 750'000 Mitgliedern vertreten sind, hat der LCH 1995 einen wich-

tigen Schritt zur Bildung der grössten Allianz der Arbeitnehmenden in der Schweiz beigetragen. Seit 2003 hat der LCH den Vorsitz in dieser Konferenz, die ab 2004 über eine parlamentarische Gruppe für Arbeit im Bundesparlament verfügt. Mit der Gründung eines Koordinationsbüros zwischen dem LCH und dem Syndicat des enseignants romands SER wurde schliesslich die Zusammenarbeit mit der lateinischen Schweiz noch enger. Auch auf internationaler Ebene fand in den letzten 30 Jahren ein Fusionsprozess statt, aus dem die weltgrösste Gewerkschaftsdachorganisation entstanden ist, die Education International EI, mit mehr als 30 Millionen Mitgliedern aus 400 Mitgliedsorganisationen in über 170 Ländern.

Von dieser starken Bewegung zum Zusammenschluss profitierten auch unsere kantonalen Sektionen, indem sie ebenfalls ihre Strukturen anpassten und die Verbandsführung professionalisierten. Auch der LVB vollzog diesen Schritt mit der Einführung einer professionellen Geschäftsführung und einer fünfköpfigen Geschäftsleitung. Zu einem professionell geführten Verband gehört eine professionelle Kommunikation. Mit der Zeitschrift BIL-



FOTOLIA

DUNG SCHWEIZ auf nationaler Ebene und dem lvb.inform auf kantonaler Ebene, den beiden Newslettern und den Webseiten von LCH und LVB sind die Mitglieder bestens informiert, was sich auf nationaler und kantonaler Ebene im Bereich der Bildung tut. Es gibt kein einziges relevantes Bildungsthema auf kantonaler Ebene, das zu-



vor nicht schon auf sprachregionaler, nationaler oder internationaler Ebene diskutiert wurde. Wir tun daher gut daran, die Zusammenarbeit auf Seite der Lehrerorganisationen und Bildungsdirektionen sowohl untereinander als auch gegenseitig zu stärken und zwar auf kantonaler, sprachregionaler und nationaler Ebene.

2 Komplexe Steuerung des Bildungswesen

Als ich 1990 als frisch gewählter Zentralpräsident des LCH erstmals an einer Plenarkonferenz der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz EDK teilnahm, ermahnte der damalige Präsident der EDK, Staatsrat Jean Cavadinì aus dem Kanton Neuenburg, zu Beginn der Sitzung seinen Kollegen aus dem Kanton Appenzell Innerrhoden, er solle doch endlich dafür sorgen, dass sein Kanton das Schulkonkordat von 1970 erfülle, indem er das

9. Schuljahr obligatorisch erkläre. Diese Episode zeigt das Grunddilemma der Steuerung unseres Bildungswesens auf: Die EDK kann nicht verbindlich dekretieren, sie muss mit gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen Überzeugungsarbeit bei den Kantonen leisten, die auf ihre Bildungshoheit pochen.

Im Unterschied zu den Neunzigerjahren, wo im Wesentlichen die Kantone und die Lehrerorganisationen die Entwicklung der Volksschulen bestimmten, versuchen heute deutlich mehr Akteure und Lobbygruppen ihren Einfluss geltend zu machen. Mit der Einführung geleiteter Schulen sind konsequenterweise auch die Verbände der

Schulleitenden VSLCH und CLACESO als ständige Gäste der Plenarkonferenzen der EDK zugelassen worden. Diese Entwicklung ist zu begrüssen, da sie die Stimme der Bildungspraxis stärkt. Internationale Studien zeigen nämlich, dass die Bildungssysteme der Länder von einer engen Zusammenarbeit zwischen Bildungspraxis und Bildungspolitik profitieren. Die Resultate der Schülerinnen und Schüler sind besser, wenn dieser Austausch zwischen der Praxisebene und der Steuerungsebene funktioniert.

Doch es gibt auch einflussreiche auserschulische Akteure. Dazu gehören u.a. Organisationen der Wirtschaft und Arbeit, Stiftungen, NPO sowie bildungsökonomische und erziehungswissenschaftliche Institute. Als am 4. Dezember 2001 die Resultate der ers-

ten PISA-Studie publiziert wurden, löste das in der Schweiz heftige Reaktionen aus. Inzwischen haben wir uns daran gewöhnt, dass unsere 15-jährigen in Mathematik Spitze, in Naturwissenschaften gut und beim Lesen nur Durchschnitt sind. Rankings und Leistungstests spielen aber eine immer grössere Rolle bei der Steuerung des Bildungswesens. Und das ist nicht unproblematisch, weil man mit solchen Tests nur das misst, was man in einer Momentaufnahme mit solchen Leistungstests messen kann. LCH und LVB setzen sich weiter dafür ein, dass keine schädlichen und problematischen Rankings von Schulen, Lehrpersonen oder Schülerinnen und Schüler aus diesen Testresultaten generiert werden. Das gilt auch für die Checks im Bildungsraum Nordwestschweiz, die unter besonderer Beobachtung der Lehrerorganisationen stehen, weil sie flächendeckend und nicht mit Stichproben durchgeführt werden.



3 Professionalisierung des Lehrberufs

1993 hat der LCH in einem breit angelegten gesellschaftlichen Prozess ein stufenübergreifendes Leitbild für den Lehrberuf erarbeitet und an einem zweitägigen Kongress mit 1200 Lehrpersonen aller Regionen und Schulstufen verabschiedet. Das war rückbli-

Die Verlängerung der Ausbildung im Vergleich zu den früheren Lehrerseminarien hat nicht zum befürchteten Rückgang bei der Zahl der Studierenden geführt.

ckend gesehen eine historische Notwendigkeit und zudem eine Premiere im ganzen deutschen Sprachraum. In 12 Thesen wurde der Grundstein für die Professionalisierung des Lehrberufs und die Verbandspolitik des LCH gelegt. So verlangte das Berufsleitbild des LCH beispielsweise, dass alle Lehrpersonen auf Hochschulniveau ausgebildet werden müssen und an geleiteten Schulen arbeiten.

1999 kamen dann die LCH-Standesregeln dazu, die bis heute unverändert geblieben sind, während das Berufsleitbild 2008 neu verfasst wurde und heute noch sechs zentrale Leitsätze umfasst. Im Leitsatz 1 wird festgehalten, dass Lehrerinnen und Lehrer einen der gesellschaftlich wichtigsten Berufe ausüben, indem sie als Fachleute für das Lehren und Lernen die Schülerinnen und Schüler im Erwerb von Kompetenzen anleiten, also sowohl im Erwerb von Wissen und Fertigkeiten als auch von Fähigkeiten und Haltungen. Und weiter: «Sie stellen sich der Herausforderung von heterogenen Lerngruppen, grenzen sich aber auch dort ab, wo Selbstüberforderung und die Gefahr des Ausbrennens gross sind. Sie arbeiten an einer geleiteten

men, unterstützenden Strukturen und mit angemessener Besoldung.»

Das Berufsleitbild und die Standesregeln des LCH sind sowohl für die Mitgliedsorganisationen des LCH als auch für die Mitglieder selber wichtige Orientierungshilfen für die Verbandspolitik und das korrekte Verhalten im beruflichen Kontext. LCH und LVB verteidigen damit auch die beruflichen Freiheiten und leisten einen wichtigen Beitrag zur Professionalisierung des Lehrberufs.

4 Tertiärisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Auch hier weist das LCH-Berufsleitbild den Weg in die Zukunft. Im Leitsatz 5 steht: «Die Ausbildung zur Lehrerin oder zum Lehrer erfolgt an Hochschulen und erreicht das Master-Niveau. Sie umfasst eine hohe Sachkompetenz sowie eine umfassende pädagogische und didaktische Befähigung. Das Berufsdiplom berechtigt zur Berufsausübung auf einer bestimmten Schulstufe. Es erfolgt eine sorgfältige Berufseinführung.»



Schule und gestalten diese mit. Lehrerinnen und Lehrer erfüllen ihre anspruchsvolle Aufgabe in verlässlichen Rahmenbedingungen, mit Freiräu-

Mit dem Ersatz der Lehrerseminare durch Pädagogische Hochschulen wurde eine der zentralen Forderungen des LCH-Berufsleitbildes von 1993 erfüllt. Mit der Gründung der PH der FHNW 2006 wurden die über 20 lokal verankerten Studiengänge in den Kantonen Aargau, Solothurn und den beiden Basel auf nur noch eine Ausbildung pro Schulstufe reduziert. Doch ein Blick auf die heutige Diplomvielfalt zeigt Erstaunliches: Während es immer noch Ausbildungsgänge gibt, die nur

für 2 Schuljahre qualifizieren (Kindergartenstufe), beträgt das Maximum sogar 8 Schuljahre. Auch die Anzahl Unterrichtsfächer für die Primarstufe variiert stark zwischen 6 und 12 Fächern. Eine Arbeitsgruppe der EDK, in der auch die Präsidenten des LCH, SER und VSLCH mitgearbeitet haben, hat eine Totalrevision der Anerkennungsreglemente der Lehrdiplome erarbeitet, die nun in die Vernehmlassung geschickt wird. Sie enthält auch Vorschläge zur Verringerung dieser viel zu grossen Differenzen.

Trotz diesen Ungereimtheiten bei der formalen Harmonisierung der Ausbildungsgänge an den Pädagogischen Hochschulen dürfen wir festhalten, dass die Tertiärisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung eine Erfolgsgeschichte ist. Die Verlängerung der Ausbildung im Vergleich zu den früheren Lehrerseminarien hat nicht zum befürchteten Rückgang bei der Zahl der Studierenden geführt. Im Gegenteil: Die tertiärisierten Ausbildungen an den Pädagogischen Hochschulen haben Zehntausende von neuen jungen Lehramtsstudierenden angezogen, die wir nun dringend brauchen, um die vielen Abgänge der pensionierten Lehrpersonen der Babyboomer- generation zu kompensieren und die wieder ansteigenden Schülerzahlen in den nächsten zehn Jahren zu bewältigen.

Leider verlieren wir immer noch zu viele ausgebildete Lehrpersonen, die nach wenigen Berufsjahren aus dem Beruf aussteigen. Mit einem berufs begleiteten Masterstudium für Primarlehrpersonen könnten wir den hohen Anteil an fachfremdem Unterricht auf dieser Schulstufe und die grossen Unterschiede bei der Ausbildungsspanne der Primarlehrdiplome deutlich reduzieren. Zudem würde ein solcher begleiteter Berufseinstieg den Praxischock deutlich mindern und dazu

Bald schon werden mit der Digitalisierung neue Herausforderungen auf uns zukommen, denen wir uns stellen müssen.

beitragen, dass Lehrpersonen länger im erlernten Beruf bleiben. Der LCH ist zur Zeit daran, mit der PH-Kammer von swissuniversities und der EDK verbesserte Modelle für den Berufseinstieg zu diskutieren.

5 Privatisierung, Deregulierung und Digitalisierung

Mitte der Neunzigerjahre setzte in der Schweiz der Trend ein, die Instrumente des New Public Managements (NPM) nicht nur in der öffentlichen Verwaltung, sondern auch an den Schulen einzuführen. Dazu gehörten die Output- anstelle der Inputsteuerung, Globalbudgets und Leistungsvereinbarungen sowie die Einführung von Wettbewerbs- und Anreizmechanismen. Mit einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung sollten staatliche Dienstleistungen verbessert, verschlankt oder ganz privatisiert werden. Unter Bildungsdirektor Ernst Buschor führte der Kanton Zürich den Leistungslohn für Lehrpersonen ein und schaffte die Beamtung ab.

Der LCH entwickelte als Antwort auf diese Deregulierung ein neues Wording und ersetzte den Begriff «Leistungslohn an Schulen» durch «lohnwirksames Qualifikationssystem LQS», das es zu bekämpfen galt. Mit der Entwicklung eines formativen Qualifikationssystem FQS schuf der LCH eine besser passende Alternative für den Bildungsbereich, das sich die Leistungs- und Wirkungsmessung im Lehrberuf als Achillesferse des NPM entpuppte. Dank einer Grosskundgebung in Pratteln im Jahre 2006, an welcher der LCH-Präsident als Hauptreferent ge-

gen die Einführung von LQS auftrat, konnte die Einführung des Leistungslohns im Kanton Baselland verhindert werden. 12 Jahre später will die aktuelle Regierung nun diesen Unsinn erneut einführen, wogegen wir uns mit allen Mitteln wehren werden.

Bald darauf entstand mit den Diskussionen um die freie Schulwahl und Bildungsgutscheine eine weitere Front, die der LCH von allem Anfang an konsequent bekämpfte. Die Argumente der «Elternlobby Schweiz» für eine freie Schulwahl mit Bildungsgutscheinen grenzten an unrealistische Heils-



erwartungen und blendeten negative Konsequenzen völlig aus. Die soziale Segregation würde bei einer freien Schulwahl stark erhöht, nicht nur an privaten, sondern auch an öffentlichen Schulen. In wohlhabenden Regionen würden Schulen in einen Wettbewerb um die besten Schülerinnen und Schülern treten, während Schulen in ärmeren Regionen ihre besten Schüler verlieren und in eine Abwärtsspirale geraten würden, wie dies in vielen anderen Ländern zu beobachten ist, die freie Schulwahl und Bildungsgutscheine eingeführt haben. Zudem könnten Schulen Konkurs gehen und die Kosten würden insgesamt, nach einer Expertise von Prof. Jürgen Oelkers, erheblich steigen. Erst als 2008 die erste Volksabstimmung im Kanton Baselland mit 80% wuchtig verworfen

wurde und weitere kantonale Volksabstimmungen das gleiche Resultat ergaben, wurde es an dieser Front wieder etwas ruhiger. Die damalige Zusammenarbeit von LCH und LVB war daher schweizweit von Bedeutung. Das heutige Schulsystem würde völlig anders aussehen, wenn wir diese wichtige Abstimmung verloren hätten.

Doch bald schon werden mit der Digitalisierung neue Herausforderungen auf uns zukommen, denen wir uns stellen müssen. Bereits heute zeigt sich die fortschreitende Digitalisierung in Form internetbasierter Tests und Lernaufgaben, in modular aufgebauten digitalen Lehrmitteln, in Tools für das personalisierte Lernen und in visualisierten individuellen Kompetenzständen. In naher Zukunft werden auch scheinbar empathisch reagierende Roboter für Übungen, zur Fragenbeantwortung oder für das Vorlesen und Diktieren von Texten zur Verfügung stehen. Agile Startups und global agierende Bildungskonzerne sind daran, gesamte Leistungspakete zu schnüren, um im Auftrag oder Abonnement den Schulgemeinden das volle Bildungsprogramm anbieten zu können. In den USA und in Grossbritannien läuft dieser Verdrängungsprozess bereits im grossen Stil.

Im Hintergrund stehen potente Unternehmen mit integrierten Angeboten bereit: Cloud-Lösungen, Social Media, interaktive Webseiten, alle Arten von Apps und Lernprogrammen, Video-Tutorials, modulares Lernmaterial, Lernwegtracking und internationale Tests. Vielleicht umfassen die Pakete bald auch spezialisierte Lehrpersonen, die teilweise vor Ort sind und Probleme mit den digitalisierten Lernprogrammen im pädagogischen Ferncoaching lösen. Korrekturen können weitgehend automatisiert erledigt werden. Handschrift und voraussichtlich auch Tastaturschreiben werden

unwichtiger, weil Computer auf Sprachdiktat richtig schreiben werden. Lernaufgaben werden zunehmend in attraktiven, experimentellen und forschend-entdeckenden Spielformen konzipiert. Derartige Angebote verlangen einen enormen Investitionsbedarf und sind dafür nach oben in Businessplänen gut skalierbar, was nur sehr grossen Unternehmen möglich ist.

Der Umgang mit den so gewonnenen Daten zu einzelnen Kindern ist bisher noch völlig unregelt. Man stelle sich vor, welche Brisanz in solchen personenbezogenen Daten über Lernprozesse und Testergebnisse steckt! Daher ist auch die Politik stark gefordert. Diese Herausforderung müssen wir gemeinsam meistern und die Chancen der Digitalisierung nutzen, ohne die Gefahren auszublenden. Die Bildung ist zu wichtig, um sie einzelnen Grosskonzernen zu überlassen. Wir brauchen auch beim Lernen und Lehren Artenvielfalt und keine weltweite Einheitskost und Fast Food, um den Bildungshunger unserer Schülerinnen und Schüler zu stillen.

6 Harmonisierung der Strukturen und Kompetenzen

Immer wieder wurden und werden neue Schulfächer gefordert. Wo immer ein gesellschaftliches Problem auftritt, wird mit schöner Regelmäs-



FOTOLIA

sigkeit die Einführung eines neuen Schulfachs verlangt, damit die «Reparaturanstalt» Schule das Problem lö-

sen soll. Das hat mich 2006 auf die Idee gebracht, diese Themenbereiche zu sammeln, alphabetisch zu ordnen und in einem Parcours grafisch abzubilden von A wie Antiraucher-Kampagne bis Z wie Zähneputzen. Es ist klar, dass mit dieser additiven Methode die Lehrpläne und die Aufgaben der Schule immer mehr überladen wurden. Eine Harmonisierung der schulischen Strukturen und der zu fördernden Kompetenzen bei den Schülerinnen und Schülern war überfällig.

Die Sehnsucht nach einem harmonisierten schweizerischen Bildungssystem und die dauernde Kritik am «Kantönligeist» führten schliesslich am 21. Mai 2006 dazu, dass 86% der Stimmberechtigten die neuen Bildungsartikel in der Bundesverfassung annahmen. Umziehenden Familien in einen anderen Kanton sollte das Leben erleichtert werden, indem die Schulstrukturen und die Unterrichtsinhalte schweizweit möglichst vereinheitlicht werden. Zwölf Jahre später haben sich die Schulstrukturen tatsächlich stark angeglichen. Der zweijährige Kindergarten wird bald überall als erste Stufe der Grundschule die Norm sein; die Primarschule und die Sekundarstufe I dauern nun in allen Kantonen gleich lang, und zum ersten Mal in der Geschichte gibt es pro Sprachregion einen gemeinsamen Lehrplan. Damit wurde Klarheit geschaffen, welche Kompetenzen und Schulfächer künftig zum Lehrplan gehören. Zwar sind Unterschiede zwischen einzelnen Kantonen und Fachbereichen vorhanden. Trotzdem ist der Lehrplan 21 eine historische Erfolgsgeschichte in der deutschschweizerischen Bildungspolitik, die nur möglich wurde, weil innerhalb der D-EDK eine

politische Diskussion stattfand, die Lehrerverbände von Anfang an miteinbezogen wurden und einheitliche

Positionen gegen aussen vertreten wurden.

An Herausforderungen mangelt es indes auch bei diesem Themenbereich nicht: Da ist zunächst die Koordination des Fremdsprachenunterrichts zu nennen. Das Modell 3/5 der EDK ist bei vielen Lehrpersonen unbeliebt, weil nicht genügend Ressourcen bei der konkreten Umsetzung vorhanden sind. Hier muss nachgebessert werden, indem die Gelingensbedingungen, die der LCH schon 2004 gefordert hat, endlich erfüllt werden. Nach langen Verhandlungen ist es im Oktober 2017 endlich gelungen, diese Gelingensbedingungen in den neuen EDK-Empfehlungen zum Fremdsprachenunterricht (Landessprachen und Englisch) in der obligatorischen Schule zu integrieren. Man kann eine Fremdsprache nicht zum Nulltarif in der Schule einführen!



FOTOLIA

Das Gleiche gilt für die integrative Schulung. Ohne genügende und gut ausgebildete schulische Heilpädagoginnen lässt sich das Sonderpädagogik-Konkordat der EDK in den Kantonen nicht umsetzen. Statt immer mehr Geld in Checks und Tests zu stecken, ist es an der Zeit, dieses Geld in die Lehrpersonen zu investieren, die vor Ort mit ihren Interaktionen die Kompetenzen der Lernenden mit besonderen Lernbedürfnissen fördern.

7 Einsatz für bessere Arbeits- und Unterrichtsbedingungen

Last but not least ging es in den letzten 30 Jahren unserer Verbandsarbeit auch immer wieder um die Verbesserung der Unterrichts- und Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen. Zwar

Eine besondere Herausforderung sind die vielen «Spar- und Entlastungspakete», die im Nachgang zur Finanzkrise von 2007 die Schulen getroffen haben.

kann der LCH selber keine Löhne und Arbeitspensen aushandeln, weil dies auf kantonaler Ebene gemacht werden muss. Er kann aber Lohnklagen finanziell unterstützen, und er kann durch seine Lohn- und Arbeitszeitanalysen gute Argumente und wissenschaftliche Studien liefern, die wiederum den Kantonalsektionen helfen, wenn sie für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen müssen. So läuft zur Zeit eine Neuauflage der wissenschaftlichen Erhebung zur Arbeitszeit der Lehrpersonen, um die Arbeitszeitstudie von 2009 mit neuen Daten zu aktualisieren. Dank der periodisch durchgeführten Berufszufriedenheitsstudien des LCH wissen wir sehr genau, wo der Schuh bei den Lehrerinnen und Lehrern drückt, aber auch in welchen Bereichen sie Freude am Beruf empfinden und ihre nach wie vor hohe Berufsmotivation stärken können.

Eine besondere Herausforderung sind die vielen «Spar- und Entlastungspakete», die im Nachgang zur Finanzkrise von 2007 die Schulen getroffen haben. Es handelt sich dabei in den meisten Fällen nicht um Sparpakete, sondern um handfeste Abbaupakete bei der Bildung. Entlastet werden da-

bei die Steuerzahler und Unternehmen, während die Eltern mit ihren schulpflichtigen Kindern und die Lehrpersonen belastet werden. Diese Thematik wird uns leider auch in den kommenden Jahren beschäftigen. Wir werden uns auf eine härtere Gangart einstellen müssen, wenn bisherige Tabus wie Unterrichtsabbau, Zwangsferien, Erhöhung der Klassengrößen oder Lohnreduktionen den Bürgerinnen und Bürgern als harmlose Sparpakete verkauft werden, welche die Qualität der Bildung angeblich nicht tangieren. Dagegen müssen wir uns mit allen Mitteln wehren. Und hier leisten unsere Kantonalsektionen vor Ort eine hervorragende Arbeit, die unverzichtbar ist. Dazu gehört auch das aktuelle Führungsduo des LVB mit Roger von Wartburg als Präsident und Michael Weiss als Geschäftsführer und Vizepräsident sowie die anderen Mitglieder der Geschäftsleitung und des Kantonalvorstands des LVB.

Moderate Beitragserhöhung für den LCH erstmals seit 18 Jahren

Damit der LCH seine Aufgaben auf bildungspolitischer, standespolitischer und pädagogischer Ebene weiterhin professionell wahrnehmen kann, be-

nötigt er genügend personelle und finanzielle Ressourcen. Erstmals seit 18 Jahren wird daher die Geschäftsleitung des LCH zusammen mit der Rechnungsprüfungskommission der Delegiertenversammlung eine massvolle Beitragserhöhung in der Grössenordnung von weniger als CHF 10 pro Jahr für ein Vollpensum beantragen, um das strukturelle Defizit in der Rechnung des LCH auszugleichen.

Dieses Geld ist gut investiert, dient es doch unter anderem auch dazu, die vorteilhaften Dienstleistungen des LCH beispielsweise im Versicherungsbereich anbieten zu können, mit denen jedes Mitglied ein Vielfaches des aktuellen Jahresbeitrags einsparen kann. Dazu kommen dann auch noch die Dienstleistungen des LVB. Wir freuen uns, wenn Sie davon rege Gebrauch machen und danken Ihnen für Ihre Mitgliedschaft unter dem gemeinsamen Dach von LCH und LVB.